

Ressort: Finanzen

US-Rüstungskonzern weist Vorwürfe wegen Euro Hawk zurück

Falls Church, 03.06.2013, 16:21 Uhr

GDN - Der amerikanische Rüstungskonzern Northrop Grumman ist Vorwürfen entgegen getreten, er habe die Zulassungsprobleme bei der Aufklärungsdrohne Euro Hawk mitverschuldet. Ein leitender Manager des Konzerns wies gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Dienstausgabe) außerdem die Darstellung des Bundesverteidigungsministeriums zurück, für die Zulassung fielen Mehrkosten von bis zu 600 Millionen Euro an.

Der Manager bekundete den Willen seines Unternehmens, das Rüstungsprojekt fortzuführen. "Wir haben dem Verteidigungsminister Mitte Mai über die Euro Hawk GmbH einen Vorschlag übermittelt, der sich auf 160 bis 193 Millionen Euro beläuft. Dieser Vorschlag deckt sämtliche Kosten für die Musterzulassung und Lufttüchtigkeitsprüfung des Euro Hawk", sagte Janis Pamiljans, der als Vizepräsident von Northrop Grumman für unbemannte Flugsysteme verantwortlich ist. Es war das erste Interview eines Konzernmanagers, seit Verteidigungsminister Thomas de Maizière Mitte Mai die Beschaffung von vier weiteren Drohnen gestoppt hatte. De Maizière wird darüber am Mittwoch dem Verteidigungs- und Haushaltsausschuss des Bundestags Bericht erstatten. Pamiljans wies Darstellungen zurück, der Konzern habe Unterlagen zurückgehalten, um seine Technologie zu schützen. "Wir haben mehr als 4.000 Dokumente übergeben, mehr als vertraglich vereinbart. Der Kunde hatte und hat unbeschränkten Zugang zu allen Unterlagen", sagte er. Sicherheitsrelevante Daten seien den Bundeswehr-Prüfern in Deutschland zugänglich gemacht worden. Die Entscheidung des Verteidigungsministers, das Rüstungsprogramm zu stoppen, sei "eine große Überraschung für uns" gewesen. Alle Flugtests seien sicher und fehlerfrei verlaufen. Bei Vertragsschluss sei die Zulassung des Euro Hawk nach amerikanischem Luftwaffenstandard geplant gewesen; so wurde der nahezu baugleiche Global Hawk zugelassen. "Mir ist nicht klar, warum die Zertifizierungsgrundlage verändert wurde", sagte Pamiljans der Zeitung. Der Manager wies Kritik daran zurück, dass Bundeswehrpiloten den Euro Hawk derzeit nicht selbst fliegen dürfen. "Bis zur vollen Übergabe des Euro-Hawk-Systems sieht der Vertrag vor, dass nur die Industrie fliegt und plant", sagte Pamiljans. Für das noch fehlende Einsatzplanungssystem sei mit dem Verteidigungsministerium eine "Road Map" vereinbart worden. "Die dauerhafte Lösung könnte innerhalb von 18 bis 24 Monaten geliefert werden, wenn der deutsche Kunde um das vollständige System bittet", sagte Pamiljans. Der Manager äußerte weiter, das Bundesverteidigungsministerium habe noch nicht auf das Angebot von Northrop Grumman zur Nachbesserung bei der Zulassung reagiert. Das Unternehmen habe bis jetzt keinen Hinweis darauf, dass das Entwicklungsprogramm abgebrochen oder unterbrochen werde. Er warnte vor der Lösung, die dem Verteidigungsausschuss präsentiert worden war; demnach soll das von EADS hergestellte Aufklärungssystem in einem anderen Flugzeug installiert werden. In diesem Fall, so Pamiljans, müsse dieses Flugzeug neu zertifiziert werden. Dann wären die Zulassungskosten "weit höher als eine halbe Milliarde Euro".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-15110/us-ruestungskonzern-weist-vorwuerfe-wegen-euro-hawk-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com